

Dichter, Denker und Systeme

VON JOSEF JOFFE

Warum sind eigentlich „westdeutsche Schriftsteller so scharf darauf, die Vereinigten Staaten zu kritisieren?“ Gestellt wurde die Frage von einem russischen Exil-Schriftsteller, gerichtet war sie an den deutschen Kollegen Günter Grass, der auf dem 48. PEN-Kongress in New York eine schneidende Attacke gegen Staat und Gesellschaft des Gastlandes geritten hatte. Die Böllerschüsse waren nicht neu; sie entstammen der Munitionskiste, aus der sich die neudeutsche Amerika-Kritik seit Jahr und Tag bedient. Nur die Zielscheiben haben sich seit Mitte der 60er Jahre verschoben: vom Vietnamkrieg nach Nicaragua und Südafrika, von der Rassendiskriminierung zur gnadenlosen „Ellenbogengesellschaft“. Die Botschaft aber bleibt die gleiche: Amerika als bössartiges Zerrbild aller westlichen Werte.

Zu leicht macht es sich, wer den Grass-Auftritt bloß mit dem wohlfeilen Hinweis auf des Dichters mangelnde Salonfähigkeit abtun wollte. Denn erstens sind Literaten keine Diplomaten, sollen es auch nicht sein. Und zweitens stand Grass in New York nicht allein, genoß er doch reichlich Flankenschutz unter den 700 Schriftstellern, Poeten und Publizisten aus aller Welt. Schon bevor das Mammut-Treffen begann, hatte sich unter den amerikanischen Kollegen eine Phalanx der 65 formiert, die gegen den eigenen Außenminister, George Shultz, ins Feld zog. Seine Rede sei ein Affront, weil die Regierung „nichts getan“ habe, „um die Ausdrucksfreiheit zu fördern, weder im Inneren noch im Äußeren“.

Das Problem des „Anti-Amerikanismus“ geht also über Grass hinaus. Ein scharfzüngiger Widersacher des bundesdeutschen Zuchtmeisters, der Nobelpreisträger Saul Bellow, wollte wissen, ob nicht ein „alberner Hang zur Entfremdung“ so manchen westlichen Mit-Schreiber kennzeichnete. Und der polnische Preisträger Czeslaw Milosz brachte die Gegen-Offensive auf diesen Punkt: Warum pflegen so viele Literaten grundsätzliche Feindschaft zu politischen Systemen, die, kein Utopia versprechen, um zugleich reflexhaft Tyrannen zu verteidigen, die revolutionäre Visionen zum Programm erhoben haben.

Demokratie ist langweilig

Eine ironische Antwort lieferte der britische *Economist*: „Es gibt wohl kein Land auf der Welt, das die Leute lieber attackierten als Amerika – und keinen Ort, wo sie es lieber täten als in New York.“ In – und an – einer Demokratie läßt es sich leichter kritisieren als etwa in einem Land wie Nicaragua, dessen PEN-Abgeordneter Cabezas (zugleich Vize-Innenminister) die Zensur im Namen der „nationalen Sicherheit“ rechtfertigte. Doch mag der Grund für die Faszination des Totalitären, zumal für die literarische Vorstellungskraft, noch tiefer liegen: Demokratie ist langweilig.

Demokratie ist keine Spielwiese für Erlösungsutopien, sondern vorneweg ein Regelwerk, das Utopien verhindern soll, weil mein Glück meines Nachbarn Unglück bedeuten kann. Demokratie – das ist der ewige Widerstreit, die gegenseitige Blockade, der „faule“ Kompromiß. Demokratie ist kein Reißbrett für Heilslehren, sondern ein zäh-

flüssiger Eintopf, bei dem allenfalls die Geschmacksrichtung, nicht aber die Ingredienzen verändert werden können. Was Wunder, daß Literaten, ja Intellektuelle überhaupt, kraft Sensibilität und Selbstverständnis an diesem Zustand leiden, daß sie die Welt nicht bloß erklären, sondern verändern wollen. Die Anziehungskraft des Totalitären – ob links oder rechts – ist eine doppelte: Für den Denker, der nach Sinn sucht, bringt die alleserklärende Ideologie (die „richtige Einschätzung“) Ordnung in das Gewirr der Ansichten und Fakten; dem Träumer-als-„Sozialingenieur“ liefert sie die Blaupause an die Hand, mit der er Staat und Gesellschaft von Grund auf renovieren könnte.

Gegenüber solchen Visionen verblaßt die Ausstrahlung der Demokratie, verblaßt wohl auch die

Melanie von der *clarté*, die Descartes, ein Urvater westlicher Philosophie, als Grundbedingung allen Denkens formuliert hat. Zur Klarheit des Gedankens gehört vor allem die Fähigkeit zur Unterscheidung. In New York hat niemand das Cartesiansche Erbe mit größerer Verve verteidigt als der israelische Dichter Amos Oz: „Unser Beruf ist es, zu differenzieren.“ Als Saul Bellow ein paar Vorzüge der amerikanischen Demokratie aufzählte, fuhr ihm Grass rüde in die Parade: Er möge doch derlei Lobpreisungen vor den Obdachlosen in der South Bronx, dem größten Elendsviertel der Stadt, verkünden. Der Hinweis ist richtig, der implizierte Gegensatz – nämlich zwischen Freiheit und Verteilungsgerechtigkeit – ist falsch. „Soziale Sicherheit“ gibt es auch im Gulag, und das tägliche Brot ersetzt nicht einmal im Ansatz das unveräußerliche Recht des freien Bürgers, sich gegen den Staat zu wehren – sei es, weil er Straflager einrichtet oder weil er seine Fürsorgepflicht verletzt. Materiell sind in Südafrika die Schwarzen um ein Vielfaches besser gestellt als in den Nachbarländern. Niemandem aber würde es einfallen, deshalb das schreiende Unrecht der Apartheid relativieren zu wollen – nach dem Motto: „Erst kommt das Fressen, dann die Moral.“

Terror und Unterdrückung

Schriftsteller, so Amos Oz, sind in der „Ableitung für Scharfsinn und Präzision tätig“ – oder sollten es wenigstens sein. Dazu gehört auch die Fähigkeit, das „Schlechte vom Schlimmeren und Schlimmsten zu unterscheiden“. Ist „Terror und Unterdrückung“ in Amerika wirklich gleichzusetzen mit „Terror und Unterdrückung in Bulgarien, in der Sowjetunion und Cuba?“ wollte William Phillips, der Herausgeber des (linken) *Partisan Review* wissen. Die Antwort von Amos Oz: „Wer die Existenz verschiedener Grade des Bösen ignoriert, der wird irgendwann zum Diener des Bösen.“

Warum dann der deutsche Hang, mit Amerika so scharf ins Gericht zu gehen? Liegt das Problem in Amerika – oder vielmehr in Deutschland. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler notierte vor Jahren, die „tiefe Unzufriedenheit mit der eigenen Gesellschaft“ sei „eine wesentliche Triebkraft“

des hiesigen Anti-Amerikanismus. „Mit Hilfe eines schlichten Projektionsmechanismus wird die Kritik an der Bundesrepublik auf Amerika als Inkarnation des westlichen Kapitalismus“ übertragen. Doch mag diese Diagnose noch zu kurz greifen. Die vielbeschworene „Vergangenheitsbewältigung“ - vielleicht spielt auch sie einen gewichtigen Part.

Der Richter als Schutzmacht

Nach 1945 haben sich die Deutschen den Siegern willig in die Arme geworfen, weil sie eben nicht wie Sieger auftraten. Nur: Aus Amerika kamen nicht bloß Kaugummi und Care-Pakete, sondern auch „re-education“ und das Tribunal von Nürnberg. Und die Nachkriegszeit will nicht aufhören, weil wir auf Sicherheit *made in USA* angewiesen bleiben. Der Richter von ehemals ist zur Schutzmacht geworden, doch die moralische Bürde hört nicht auf zu drücken. Da tut es gut, den Demokratie-Bringer an seinem eigenen Normen-Portepes zu packen - auf das My-Lal-Massaker zu verwelsen oder auf Armut in der Bronx, um sich selbst zu beschwichtigen: „Seht her, die Amerikaner sind nicht besser als wir.“ Woraus folgt, daß die Erben der Schuld nicht so schlecht sind, wie man es sie zu glauben gelehrt hat.

Der Impuls ist verständlich, Kritik an Amerika legitim. Doch gilt es nicht nur, zwischen den „relativ anständigen und den grausamen Systemen“ (Oz) zu unterscheiden, sondern auch zwischen den eigenen, unbewußten Bedürfnissen und den Fehlern des unbequemen großen Bruders. Es gibt zu wenige Länder in der Welt, in denen der PEN-Club hätte tagen dürfen oder wollen.